Ausgabe 1 | März 2016

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Unternehmertum und Verantwortung

Dafür stehen wir
Unser wirtschaftspolitisches Positionspapier

Freie Berufe
Kein Zwang zu europaweiten Ausschreibungen

Parlamentarischer Abend
Mittelstand stärken – Bürokratie abbauen

Wasser
Ein wertvolles Gut

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Fraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Herausforderungen meistern!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Herausforderungen auch für Bayern nehmen zu. Politik muss die Weichen stellen, um die Zukunftsaufgaben unseres Landes zu meistern. Nichts geht ohne eine starke Wirtschaft, vom Mittelstand bis zu den Großbetrieben. Wir FREIE WÄHLER sehen uns seit jeher als Fürsprecher des Mittelstands, des Handwerks und der freien Berufe – von Wirtschaftszweigen, die oft nicht so im Rampenlicht der Wirtschaftspolitik stehen, wie es ihrer Bedeutung angemessen wäre. Unternehmertum und Verantwortung gehören zusammen. Gleichzeitig brauchen Unternehmer aber auch günstige und verlässliche Rahmenbedingungen, um erfolgreich agieren zu können. In dieser Fraktionszeitung wollen wir Ihnen Eckpunkte unserer Wirtschaftspolitik vorstellen. Dazu gehören für uns die Abschaffung der Erbschaftssteuer, eine Entbürokratisierung im Mindestlohnbereich, aber auch der Schutz unserer bayerischen Unternehmen und der Verbraucher vor den Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP. Wir wollen, dass Eigentum, Eigenverantwortung und Selbständigkeit in Gesellschaft und Berufswelt wieder einen höheren Stellenwert erhalten.

Eine gute Wirtschaftslage ist Voraussetzung dafür, die Herausforderungen der nächsten Jahre zu stemmen und unseren Wohlstand zu sichern. Die Flüchtlingskrise verlangt Bayern auch im neuen Jahr finanziell viel ab. Insbesondere die Kommunen bräuchten hier dringend mehr Unterstützung, von der staatlichen Übernahme des zusätzlich benötigten Personals bis hin zur Schaffung von sozialem Wohnraum. Bayern hat in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich noch deutlich mehr Handlungsspielraum zur Entschärfung der Flüchtlingskrise, als derzeit ausgeschöpft wird, von der Einstellung einer ausreichenden Zahl an Asylrichtern, Lehrern, Polizisten und Verwaltungsleuten bis hin zur Stärkung der Hilfsorganisationen. Das fordern wir ein.

Gemeinsam mit unserem neu gewählten Vorstand und meinen Fraktionskollegen werde ich mich weiterhin für sinnvolle und praktikable Lösungen im Sinne der Menschen und unseres Landes einsetzen.

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.:
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Thinkstock; Fotolia; Seiten 6–7, 15, 17, 25, 30 Nicolai Hartung;
Seiten 20–21 Iris Hiltensberger; Seite 22 Beate Hones; Seite 29 Gottfried Obermair;
Seite 30 Meisterwerk Eder; Seite 31 Bundespolizeipräsidium

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur in Laufen 6

Parlamentarischer Abend: Retter in Not 8

Pressekonferenz zum Gutachten zweite Stammstrecke in München 10

Service Learning an Schulen 11

Gesetzentwurf zur Reform des Petitionswesens 12

Parlamentarischer Abend zum Thema „Mittelstand stärken – Bürokratie abbauen“ 14

Antrag Einlagensicherung 16

Diskussionsnachmittag: Bayerische Königinnen – zwischen Repräsentation und Emanzipation 17

Positionspapier zur Wirtschaftspolitik 18

Regionalkonferenz Wasser 20

Vorstandswahl 22

Novellierung Rettungsdienstgesetz – ein Verdienst der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 23

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Sanierung kommunaler Schwimmbäder 24

Asyl: Zwangszuweisung an Kommunen. 25

Freie Berufe: umstrittene Reform des Vergaberechts 26

Bericht aus dem Untersuchungsausschuss „Labor“. 27

Auflösung örtlicher Polizeistationen 28

Fraktion vor Ort 29

Abgeordnete im Porträt 30

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals 31

Was sonst noch los war 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Rückblick:

Winterklausur der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Die FREIEN WÄHLER bleiben auch 2016 Schrittmacher der Landespolitik

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise, Kampf gegen TTIP und die Erlangung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern: Über diese und viele weitere Themen diskutierten die Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei ihrer Klausurtagung im oberbayerischen Laufen. Die Winterklausur der Landtagsfraktion fand diesmal in Laufen a. d. Salzach statt.

Angesichts des aktuellen Themas Flüchtlingskrise war dieser Veranstaltungsort sehr bewusst gewählt. Denn gerade die Grenzregion zu Österreich war in den vergangenen Monaten massiv von Flüchtlingsströmen betroffen. Als FREIE WÄHLER fordern wir seit Monaten eine Änderung in der Flüchtlingspolitik. Die große Koalition muss endlich zu Recht und Gesetz zurückkehren und darf illegale Einwanderung in großem Stil nicht mehr länger dulden. Angesichts der nach wie vor hohen Flüchtlingszahlen muss dringend eine dauerhaft tragfähige Lösung gefunden werden. Dabei wird auch eine Diskussion über Obergrenzen und die Kanalisierung der Flüchtlingsströme unumgänglich sein. Dennoch muss das Recht auf Asyl für wirklich politisch Verfolgte weiterhin bestehen. Das Thema Flüchtlingspolitik, aber auch die gemeinsamen Infrastrukturprojekte standen deshalb auch bei unserem Gespräch mit dem österreichischen Bezirkshauptmann Hofrat Magister Reinhold Mayer auf der Tagesordnung.

„Gerade die Region Salzburg-Freilassing-Laufen zeigt, dass ländliche Räume Stärken entwickeln können, wenn eine überregional gute Zusammenarbeit stattfindet. Das reicht aber nicht. Ich sehe die Staatsregierung klar in der Verantwortung, mehr für Südostbayern zu tun. Besonders der Ausbau der Autobahn A 8 sowie der Bahnverbindungen muss endlich anlaufen."

Florian Streibl, MdL,
rechtspolitischer Sprecher

Breiten Raum nahm auch das Freihandelsabkommen TTIP ein. Wir FREIE WÄHLER sehen dieses Abkommen nach wie vor äußerst kritisch und werden eine Aushöhlung demokratischer Prozesse durch TTIP nicht hinnehmen. Die hohen deutschen Qualitätsstandards und die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns nicht verhandelbar. TTIP schafft nach unserer Überzeugung über die geplanten Schiedsgerichte eine Paralleljustiz und benachteiligt inländische Investoren

massiv gegenüber ausländischen. Mit dieser Haltung stehen wir nicht allein, wie sich bei den Gesprächen mit unseren Gästen Roman Huber, Bundesvorstand des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“, sowie den beiden Club-of-Rome-Vorstandsmitgliedern Frithjof Finkbeiner und Philipp A. Schoeller zeigte. Als FREIE WÄHLER werden wir weiterhin gegen TTIP kämpfen, damit unsere bewährten Standards nicht unterlaufen werden. Mittlerweile sind auch weite Teile der Bevölkerung hellhörig geworden und lehnen TTIP ebenfalls ab.

„TTIP ist ein massiver Angriff auf unseren heimischen Mittelstand, das Handwerk und die Landwirtschaft.“

Thorsten Glauber, MdL,
wirtschaftspolitischer Sprecher

Ein zentrales politisches Ziel der FREIEN WÄHLER ist der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft. Untrennbar damit verbunden sind faire Preise für Landwirte und eine Stärkung der Regionalvermarktung. Die gegenwärtige Konzentration im Lebensmittelbereich ist dagegen kontraproduktiv und führt zu Dumpingpreisen. Bei unserem Besuch bei den Milchwerken Berchtesgadener Land konnten wir uns informieren, wie Regionalvermarktung und faire Milchpreise für die Erzeuger erfolgreich in der Praxis umgesetzt werden können. Die Genossenschaftsmolkerei setzt auf höchste Qualität ihrer Produkte und fördert gleichzeitig den Erhalt kleiner, familiengeführter Milchviehbetriebe mit einer durchschnittlichen Anzahl von 25 Kühen pro Betrieb.

„Auch Landwirte haben Anspruch auf einen Mindestlohn und dürfen nicht weiterhin gezwungen werden, auf Sozialhilfe-Niveau zu produzieren.“

Dr. Leopold Herz, MdL,
agrarpolitischer Sprecher

Unsere Abgeordneten beim Besuch der Milchwerke Berchtesgadener Land mit Geschäftsführer Bernhard Pointner (4. v. links).

Mitglieder der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erkundigen sich vor Ort bei der Bundespolizei über die Flüchtlingssituation.

Wie kann es uns gelingen, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns zu erreichen? Darüber diskutierten die Abgeordneten mit Prof. Dr. Ing. Lothar Koppers und Prof. Dr. Detlev Stäter, Vertretern der Enquetekommission im Bayerischen Landtag.

„Wir müssen den Begriff ‚gleichwertige Lebensverhältnisse‘ endlich definieren und messbar machen. Dazu schlage ich vor, eine Reihe von Indikatoren aus den unterschiedlichen Lebensbereichen zu bestimmen, anhand derer die Entwicklung bewertet wird und geklärt werden kann, ob sich Bayern in allen Landesteilen gleichwertig entwickelt. Eine regelmäßige Bestandsaufnahme und Kurskorrekturen wären dadurch möglich.“

Alexander Muthmann, MdL,
Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

Lesen Sie zum Thema „Flüchtlingskrise“ auch:
Versagen der Bundespolitik nicht auf dem Rücken der Kommunen austragen! (Seite 25)

Parlamentarischer Abend

Den Rettern den Rücken stärken

Ob Rettungswesen, Feuerwehr oder Katastrophenhilfe – viele Retter in der Not sind ehrenamtlich tätig und leisten dabei einen herausragenden Beitrag für unsere Gesellschaft. Trotzdem stoßen sie manchmal mit ihrem Engagement beim Arbeitgeber auf Unverständnis oder werden am Einsatzort angepöbelt oder sogar körperlich attackiert.

„Ehrenamtler sind der Grundpfeiler unserer Sicherheit. Ihre Arbeit könnte der Freistaat niemals alleine leisten."

Joachim Hanisch, MdL,
fachpolitischer Sprecher für Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Vor diesem Hintergrund wollte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei einem Parlamentarischen Abend wissen, wie die Landespolitik den Rettungskräften den Rücken stärken und sie bei der Bewältigung ihrer Aufgaben besser unterstützen kann.

Auf dem Podium diskutierten **Dr. Fritz-Helge Voß,** THW-Landesbeauftragter für Bayern, Kreisbrandrat **Johann Eitzenberger,** Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbands Oberbayern e.V., **Dr. Alexander Siebel,** Notarzt und Kreisvorsitzender des Bayerischen Roten Kreuzes in Bad Kissingen sowie der fachpolitische Sprecher der FREIEN WÄHLER für Rettungsdienste und Katastrophenschutz, **Joachim Hanisch.**

Kritik gab es an der bevorstehenden Novelle des Rettungsdienstgesetzes. Die Ausweitung der Kompetenzen von Notfallsanitätern sei nicht zufriedenstellend umgesetzt worden. Die Bemühungen der FREIEN WÄHLER, den Fachärzten für Allgemeinmedizin auch weiterhin einen Zugang zum Amt des Ärztlichen Leiter Rettungsdienst zu ermöglichen, wurden von den Teilnehmern dagegen ausdrücklich gewürdigt.

„Fakt ist: Der Staat kann es sich rein volkswirtschaftlich nicht leisten, auf die vielen freiwilligen Helfer zu verzichten. Der Mehrwert der ehrenamtlichen Helfer für unsere Gesellschaft ist in Zahlen gar nicht zu beziffern."

Eva Gottstein, MdL,
stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

THW, Rettungssanitäter und Feuerwehr leisten wichtige Dienste für unsere Gesellschaft und brauchen daher die bestmögliche Unterstützung durch Politik und Staat.

Eine wichtige Forderung des Abends lautete, eine rechtliche Grundlage zum Aussprechen eines Platzverweises auch für Rettungskräfte zu schaffen. Dies ist bisher nur Feuerwehr und Polizei möglich. Derzeit müssen Hilfseinsätze für schwerverletzte Menschen am Unfallort oftmals von mobilen Stellwänden flankiert werden, nur um Schaulustige abzuwehren. ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Joachim Hanisch, MdL
Fachpolitischer Sprecher für Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Lesen Sie zu diesem Thema auch:
Keine Benachteiligung von Hausärzten im Rettungsdienst!
(Seite 23)

Zweite Stammstrecke in München

Verrechnet sich die Staatsregierung fahrlässig?

Seit Jahren wird der Bau des zweiten Stammstreckentunnels in München heftig diskutiert. Über der gesamten Finanzierung des Milliardenprojekts schwebt ein Damoklesschwert. Nach den ursprünglich geschätzten 500 Millionen Euro sind die offiziellen Kostenschätzungen mittlerweile bei ca. 3,0 Milliarden Euro angelangt. Ein Gutachten der Verkehrsplaner Vieregg-Rössler kommt sogar auf mögliche Gesamtkosten von 3,9 Mrd. Euro. Vieles deutet darauf hin, dass bei einer erneuten Bewertung das Projekt als unwirtschaftlich eingeschätzt wird und damit nicht förderfähig ist.

„Neben der Kostenexplosion sind vor allem die Auswirkungen der verlängerten Umsteigezeiten kritisch."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, Vorsitzender des Ausschusses Wissenschaft und Kunst, hochschulpolitischer Sprecher

Deshalb haben die FREIE WÄHLER in den vergangenen Monaten versucht, Klarheit über kritische Berechnungen beim zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel zu erhalten. Die Antworten von Innenminister Joachim Herrmann dazu lassen jedoch viele Fragen offen. In einem Dringlichkeitsantrag haben wir daher gefordert, die gesamte Standardisierte Bewertung zum zweiten S-Bahn Stammstreckentunnel dem Landtag offenzulegen und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Neben der Kostenexplosion sind vor allem die Auswirkungen der verlängerten Umsteigezeiten kritisch. Laut Gutachten ergeben sich durch die extreme Tieflage der neuen Innenstadt-Bahnhöfe massive Reisezeitverlängerungen durch lange Umsteigewege und Rolltreppen-Förderzeiten für die Fahrgäste, die vom zweiten Tunnel an die Oberfläche gelangen wollen. In der gegenwärtigen Ausplanung hätte der zweite S-Bahn-Stammstreckentunnel wohl einen deutlich zu geringen Nutzen für eine Förderung. Über 20 Jahre nach Beginn der Planungen für eine Ertüchtigung des S-Bahn-ÖPNV in der Metropolregion München stünde damit Bayern wieder einmal „alternativlos" vor den Scherben einer gescheiterten Verkehrspolitik.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir eine rasche Entscheidung bezüglich der zweiten Röhre. Denn angesichts der vorhandenen Unwägbarkeiten hinsichtlich Planung und Finanzierbarkeit des Projekts werden dringend notwendige Maßnahmen, wie die Ertüchtigung des Münchner S-Bahn-Systems vor allem bei den Außenästen, immer weiter in die Zukunft verschoben. Diese müssten aber sofort in Angriff genommen werden. Entsprechende Anträge dazu gab es seitens der FREIEN WÄHLER. Sie alle wurden jedoch mit der Landtagsmehrheit der CSU abgelehnt. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Abgeordneter aus München

Lernen für eine solidarische Gesellschaft

Service Learning: Was ist das?

In Bayern engagieren sich leider immer weniger Schüler ehrenamtlich. Wir wollen diesen Trend endlich umkehren. Denn: Die Werteerziehung stellt eine grundlegende Säule der pädagogischen Arbeit dar und muss weiter gestärkt werden. Die Vermittlung von Werten ist dabei nicht an ein spezielles Fach gekoppelt, sondern es kommt in der Schule darauf an, soziale und personale Kompetenzen zu fördern und die Hinführung junger Menschen zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme mit der Vermittlung schulischer Lehrinhalte effektiv zu verbinden.

Hier kommt das sogenannte Service Learning ins Spiel. Service Learning, auch Lernen durch Engagement genannt, verbindet im Lehrplan verankerte Unterrichtsinhalte mit konkreten gemeinnützigen Projekten im näheren Umfeld der Schule. Mit Hilfe dieser Lehr- und Lernmethode kann bürgerschaftliches Engagement bereits an den Schulen angebahnt und mit konkreten Unterrichtsinhalten unterschiedlicher Fächer verknüpft werden.

> „Mit Hilfe von Service Learning kann bürgerschaftliches Engagement bereits an den Schulen angebahnt werden."
>
> *Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Mitglied im Runden Tisch Ehrenamt*

Wir FREIE WÄHLER haben gefordert, die kompetenzorientierte Lehr- und Lernmethode des Service Learning in den neuen Lehrplänen an den weiterführenden Schulen fest zu etablieren. US-Studien zeigen nämlich, dass Service Learning zu weniger Mobbing, zum Abbau von Vorurteilen und zur Reduzierung von Vandalismus führt. Außerdem wird die Identifikation mit der Schule gefestigt. Interessant ist auch, dass hierbei am meisten die Schüler profitieren, die anfangs nicht freiwillig mitgemacht haben. Mögliche Projekte können in der Gemeinde Handykurse für Senioren, die Anlegung eines Naturlehrpfads zur Vermeidung von Umweltverschmutzung oder die Organisation von Spielpausen für jüngere Schüler direkt an der Schule sein. So lernen Jugendliche sich zu engagieren, ohne eine Gegenleistung zu erwarten – und davon profitieren letztlich alle.

Im Jahr 2016 werden wir deshalb eine weitere Offensive zum Service Learning starten. Positiv ist, dass wir dabei vom Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement" von Frau Prof. Doris Rosenkranz von der Universität Erlangen-Nürnberg tatkräftig unterstützt werden. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Mitglied im Ausschuss für Soziales und Mitglied im Runden Tisch Ehrenamt

Der Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER zur Reform des Petitionswesens

Unser Petitionsrecht ist ein hohes Gut, es ist verfassungsrechtlich geschützt und ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, sich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Behörden oder an das Parlament zu wenden. Tatsächlich nehmen die Bürger dieses Recht rege wahr. Allein der Landtag entscheidet jährlich über ca. 2.400 Petitionen. Im deutschen Bundestag sind öffentliche Petitionen mit durchschnittlich über 33.000 Klicks pro Tag klarer Spitzenreiter bei den Internetangeboten.

An den eingereichten Petitionen können die Parlamentarier auch erkennen, wo Nachbesserungsbedarf bei Regelungen oder im Vollzug besteht. Der Landtag kann so seine Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung und Verwaltung wahrnehmen. Unsere Fraktion hat deshalb die Durchführung einer Expertenanhörung zum „Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens“ beantragt, um einen weiteren Spielraum für Verbesserungen zugunsten der Bürger auszuloten. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens durchaus noch Verbesserungen erreicht werden können.

Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass Petitionen künftig noch leichter eingereicht werden können: mündlich, in Brailleschrift oder in Gebärdensprache. So werden die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung besser berücksichtigt. Dieses niederschwellige Angebot soll zu einer weiteren Aufwertung des Petitionsrechts führen. Nach unserem Entwurf haben die Petenten* künftig auch einen Anspruch auf einen begründeten Bescheid. Dies war bislang nicht der Fall.

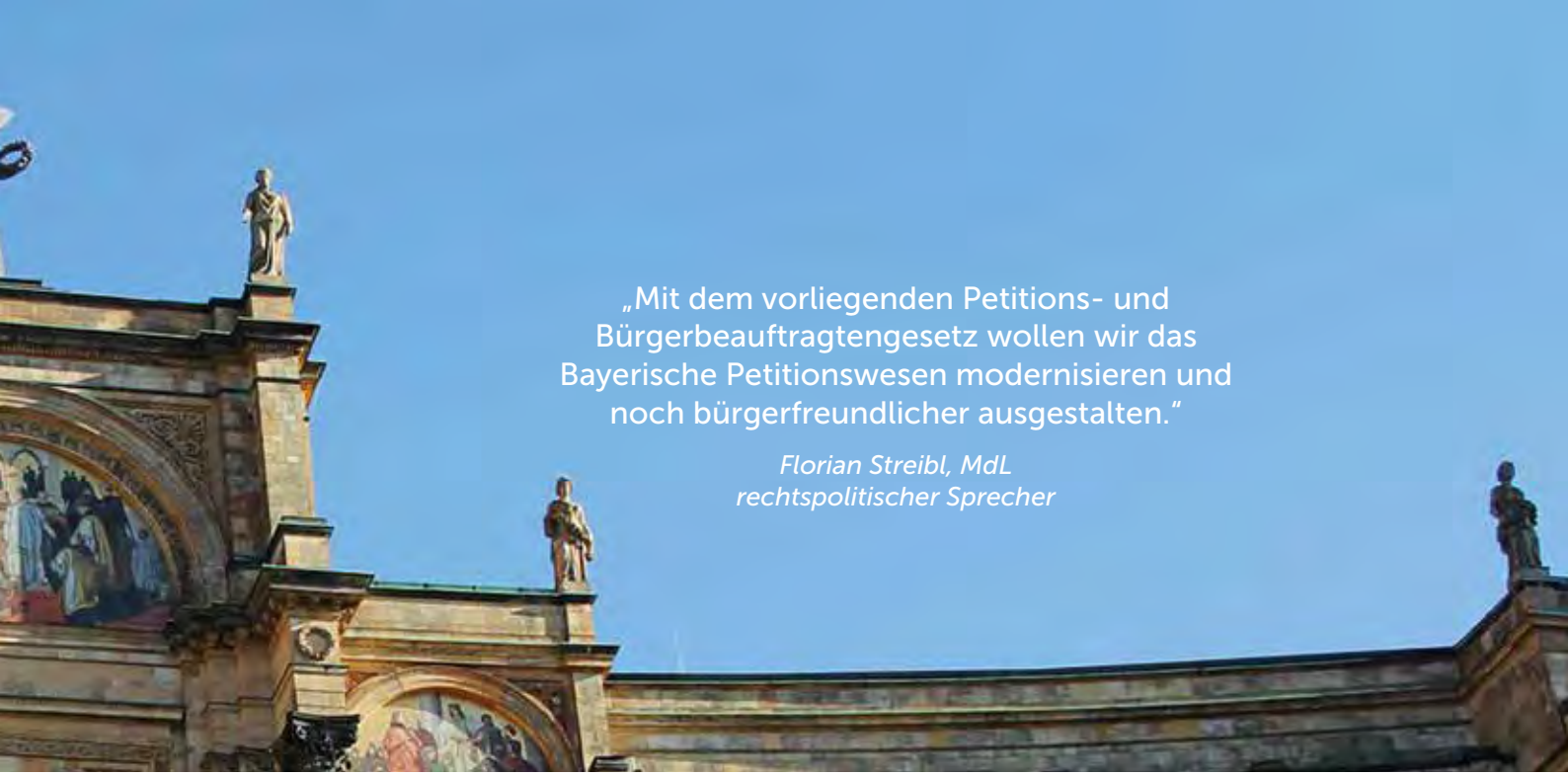
Außerdem wollen wir, dass endlich auch in Bayern öffentliche Petitionen eingereicht werden können. Darüber hinaus sieht unser Gesetzentwurf eine Regelung zur Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen vor. Ab einem Quorum von 7.500 Unterstützern soll künftig eine Anhörung des Petenten im Ausschuss stattfinden. Der Ausschuss könnte dann nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit von dieser Regelung abweichen. Wir wollen die sogenannten Administrativpetitionen aufwerten, das sind Petitionen an die Verwaltung oder die Regierung. Denn nicht nur Parlamentspetitionen stehen unter verfassungsrechtlichem Schutz, sondern auch Petitionen an die zuständige Stelle, also an die Behörde. Wir schaffen hier ausdrückliche gesetzliche Regelungen, wie diese Petitionen zu behandeln sind.

Auch Petitionen privater Petitionsportale, die über das Internet mitgezeichnet werden, wollen wir in das Petitionswesen einbinden. Auf Antrag des Initiators sollen sie wie Sammelpetitionen im Landtag oder von der zuständigen Stelle behandelt und verbeschieden werden

Die größte Änderung liegt aber in der Installierung eines Bürgerbeauftragten als ständigem Beauftragten des Petitionsausschusses. Die Regelung ist an das Modell in Rheinland-Pfalz angelehnt. Mit ihm geben wir den Petenten einen persönlichen Ansprechpartner an die Hand. Er wird vom Landtag gewählt, übt sein Amt unabhängig und unparteilich aus, wirkt auf eine einvernehmliche Lösung hin und hat die Aufgabe, die Stellung der Bürger im Verkehr mit Behörden zu stärken. ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

* Der Einsender einer Petition wird **Petent** genannt.



„Mit dem vorliegenden Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz wollen wir das Bayerische Petitionswesen modernisieren und noch bürgerfreundlicher ausgestalten."

Florian Streibl, MdL
rechtspolitischer Sprecher

Unsere Initiativen für mehr Bürgerbeteiligung

- **Einführung verbindlicher landesweiter Volksabstimmungen** über grundlegende Fragen von gesamtbayerischer Bedeutung auf Antrag des Landtags, des Ministerpräsidenten oder der Bürger (Drs. 17/790)

- **Erleichterungen bei Volksbegehren** (Drs. 17/1028):
  - grundsätzliche Zulässigkeit von finanzwirksamen Volksbegehren
  - Absenkung des Unterschriftenquorums von 10 auf 8 Prozent
  - Verlängerung der 14-tägigen Eintragungsfrist auf vier Wochen
  - verbesserte Eintragungszeiten
  - Möglichkeit der brieflichen Eintragung

- **Verbesserungen beim Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene:**
  Absenkung des Zustimmungsquorums beim Bürgerentscheid, Verlängerung der einjährigen Bindungswirkung auf zwei Jahre und gerichtlicher Durchsetzungsanspruch für die Initiatoren (17/1363)

- **Informationszugangsgesetz** (Drs. 17/1602):
  Allgemeiner und voraussetzungsloser Zugang zu amtlichen Informationen des Freistaats Bayern unter angemessener Berücksichtigung des Daten- und Geheimnisschutzes Schaffung; proaktiven Veröffentlichung von bestimmten behördlichen Informationen in einem elektronischen Informationsregister

- **Anhörung** zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens (17/4477)

- **Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz** (17/8524) zur Modernisierung und bürgerfreundlicheren Ausgestaltung des Petitionswesens:
  - erleichterte Einreichungsmöglichkeiten
  - bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung
  - Anspruch der Petenten auf begründeten Bescheid
  - ausdrückliche Regelung zum Benachteiligungsverbot (keine Benachteiligung wegen der Einreichung einer Petition)
  - Regelung zum Aufschub bei unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen
  - Regelungen zur Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen, z.B. grundsätzliche Anhörung im Ausschuss ab einem Quorum von 7.500 Unterstützern (vgl. Regelung im Bundestag)
  - Regelungen zur Behandlung von Administrativpetitionen (Pet. an zuständige Selle, nicht an Landtag) mit Berichtspflicht der Staatsregierung
  - Regelungen zur Einbeziehung und Behandlung von Petitionen privater Petitionsportale (wie Sammelpetitionen)
  - Grundzuständigkeit des Petitionsausschusses (wie in allen anderen Bundesländern und im Bundestag)
  - Installierung eines Bürgerbeauftragten als ständigen Beauftragten des Petitionsausschusses, um insbesondere die Rechte der Bürger zu stärken (rheinland-pfälzisches Modell, sehr erfolgreich seit 1974)
  - Einführung öffentlicher Petitionen (Forderung aus den FREIE WÄHLER Leitlinien, vgl. Regelung in Rheinland-Pfalz und im Bundestag)

NAME

Parlamentarischer Abend

Mittelstand stärken – Bürokratie abbauen

Egal ob Mindestlohn, Brandschutz oder Hygienebestimmungen: Bayerns Mittelstand ächzt unter immer stärkeren Auflagen und Dokumentationspflichten. Dem haben die FREIEN WÄHLER den Kampf angesagt und bereits zahlreiche parlamentarische Initiativen gestartet – wir wollen der staatlichen Kontrollwut auch in Zukunft Einhalt gebieten. Doch was genau fordern mittelständische Unternehmer, um wieder produktiver arbeiten zu können? Antworten lieferte unser Parlamentarischer Abend „Mittelstand stärken – Bürokratie abbauen“, zu dem wir rund 200 Gäste begrüßen konnten. Als FREIE WÄHLER befürworten wir zwar den Mindestlohn, nicht aber dessen sehr mangelhafte Umsetzung, die zum Ergebnis hat, dass Inhaber kleiner und mittelgroßer Unternehmen inzwischen mehr Zeit im Büro als auf dem Feld, in der Werkstatt oder im Gastraum verbringen.

Unsere Abgeordneten Dr. Leopold Herz (links), Prof. Dr. Michael Piazolo und Johann Häusler (rechts) mit den Teilnehmern der Podiumsdiskussion und Fraktionsmitarbeitern.

„Die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sind absurd und belasten Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft.“

Johann Häusler, MdL, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

Uns FREIEN WÄHLERN ist der Bezug zur Basis und zu den Menschen vor Ort besonders wichtig. So haben wir auch für diese Veranstaltung Experten aus der Praxis geladen. Auf dem Podium diskutierten **Hans Müller,** Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands, **Dr. Josef Rampl,** Geschäftsführer des Bayerischen Müllerbunds, **Rose Marie Wenzel,** Bezirksvorsitzende DEHOGA Bayern/Bezirk Niederbayern, **Harald Münzinger,** Obermeister Fleischer-Innung Nordschwaben, **Werner Luther,** Kreishandwerksmeister Kreishandwerkerschaft Nordschwaben. Moderiert wurde die Diskussion vom Abgeordneten **Prof. Dr. Michael Piazolo.** Alle Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass überzogene Auflagen derzeit die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, des Handwerks und der Landwirtschaft gefährden.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir bereits einige konkrete Forderungen zur Verbesserung der Situation auf den Weg gebracht: Zum Schutz unserer heimischen Landwirtschaft haben wir uns bei der Novelle der Düngemittelverordnung für eine praxisgerechte Anpassung der Düngevorschriften eingesetzt. Unsere Betriebe brauchen pragmatische Lösungen, keine Auflagen, die niemand erfüllen kann.

Zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur fordern wir FREIE WÄHLER keine weiteren Verschärfungen der Brandschutzauflagen bzw. die Überprüfung unsinniger Regelungen. Inzwischen verfügt jede vierte Ortschaft in Bayern über kein Gasthaus mehr. Außerdem wollen wir einen einheitlichen Mindeststeuersatz von sieben Prozent in der Gastronomie, wie er etwa in Österreich selbstverständlich ist. Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für die Ausgabe von Bildungsgutscheinen für Meisterschüler stark. ■

Johann Häusler, MdL
Handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

Lesen Sie zu diesem Thema auch:
Unser Positionspapier zur Wirtschaftspolitik (Seite 18)

Europäische Einlagensicherung EDIS

Nicht mit uns!

Sollen künftig Bankenrisiken – die nach wie vor stark national geprägt sind – auf die Europäische Gemeinschaft übertragen werden? Dies ist zu befürchten, wenn sich Brüssel mit seinen Plänen durchsetzen sollte.

Am 24. November 2015 hat die EU-Kommission einen Entwurf zur Errichtung einer EDIS vorgelegt. Dieser zielt darauf ab, die Einlagensicherung innerhalb der nächsten sieben Jahre schrittweise in drei Stufen zu vergemeinschaften.

Wie wir sieht auch der Bundesrat, dass durch die EDIS zwar in den Teilen Europas, die bisher über keine funktionierende Einlagensicherung verfügen, das Vertrauen zunehmen dürfte. Für Länder wie Deutschland, die über ein verlässliches und bewährtes Sicherungssystem verfügen, gilt aber das Gegenteil – hier wird das Vertrauen der Sparer aufs Spiel gesetzt.

Nach unserer Überzeugung setzt die Kommission damit die falschen Prioritäten und Anreize. Risiken, die nach wie vor stark national geprägt sind, z. B. Spekulations- und Kreditrisiken, sollen damit auf alle Mitgliedsstaaten verteilt werden. Dadurch wird die Motivation der Banken, solide zu wirtschaften und Risiken zu minimieren, verringert.

Hinzu kommt, dass die bestehende Einlagensicherungsrichtlinie aus dem Jahr 2014 erst von der Hälfte der 28 Mitgliedsstaaten umgesetzt worden ist. Die Kommission sollte sich um die Umsetzung des bestehenden EU-Rechts kümmern, statt in großer Eile einen neuen, unausgereiften Vorschlag vorzulegen. Eine zusätzliche Belastung der Sparkassen und genossenschaftlichen Banken, die sich in der Vergangenheit als sehr solide erwiesen haben, kommt für uns nicht in Frage.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnen wir dieses Vorhaben entschieden ab. Wir haben als erste Fraktion überhaupt bereits Anfang Oktober – durch einen im Plenum einstimmig angenommenen Antrag – erfolgreich auf die Gefahren hingewiesen, die die EDIS mit sich bringt, nämlich einer Schulden- und Transferunion zugunsten südeuropäischer Länder. ■

Alexander Muthmann, MdL
Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Impression vom Diskussionsnachmittag im Konferenzzimmer des Bayerischen Landtages.

Eva Gottstein im Gespräch mit Jasmin Pohl, der ehemaligen Blumenkönigin von Memmingen.

Diskussionsnachmittag: Bayerische Königinnen – früher und heute

Zwischen Repräsentation und Emanzipation

Sie haben viele Termine zu bewältigen, müssen Hände schütteln, auf Veranstaltungen und Messen Produkte, Gewerke oder die Heimatregion repräsentieren und darüber informieren – die Aufgaben der bayerischen Königinnen und Prinzessinnen sind vielfältig.

Eva Gottstein zusammen mit den Diskussionsteilnehmerinnen (oben) und inmitten der Bayerischen Königinnen (unten).

Ob als Wein- und Spargel- oder Volksfest- und Dirndlkönigin – mit guter Laune und ehrenamtlichem Engagement werben die bayerischen Königinnen im In- und Ausland für ihre Heimat und die regionalen Produkte und müssen dabei nicht nur mit fundiertem Fachwissen überzeugen, sondern auch mit gutem Aussehen und positiver Ausstrahlung. Wie lassen sich letztere Komponenten des eher konservativen Frauenbildes mit der modernen Frauenrolle als kompetente Repräsentantin vereinbaren? Wie lassen sich Ehrenamt und Beruf vereinbaren? Darüber diskutierten wir mit rund 90 Gästen, darunter 50 Produktköniginnen im Bayerischen Landtag.

Auf dem Podium standen **Kristin Langmann,** fränkische Weinkönigin, **Katrin Uano,** Karpfenkönigin aus dem Aischgrund, **Daniela Maul,** ehemalige Blumenkönigin von Memmingen, und **Jasmin Pohl,** ehemalige Lentinger Jura-Gerstenkönigin, Rede und Antwort und erzählten von ihrem spannenden Alltag, den schönsten Momenten ihrer Regentschaft und den Auswahlkriterien für Prinzessinnen und Produktköniginnen. ■

Eva Gottstein, MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Sehen Sie sich zu diesem Thema auch unser Video an. Scannen Sie einfach den nebenstehenden **QR-Code** ein oder besuchen Sie uns im Internet unter folgender Adresse: **bit.ly/1LtsgR0**

„Handwerk und Mittelstand brauchen endlich einen Abbau von Auflagen und Dokumentationspflichten.
Dafür kämpfen wir."

Johann Häusler, MdL,
handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

„Wir müssen die Unternehmen stärken, die auch in schwierigen Zeiten zum Standort Bayern stehen. Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik."

Thorsten Glauber, MdL,
wirtschaftspolitischer Sprecher

Wirtschaft und Mittelstand

Politik für Unternehmen, die Verantwortung für Bayern übernehmen

Soziale Marktwirtschaft, Unternehmertum, Chancengleichheit, Eigentum – das sind die vier Säulen der Wirtschaftspolitik der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Wir machen Politik für Unternehmen, die ihrerseits auch Verantwortung für die Gesellschaft und den Standort übernehmen.
Dabei wollen wir die Wirtschaft in ganz Bayern fördern und die Eigenverantwortung der Unternehmen stärken. Die wichtigsten Punkte des FREIE WÄHLER Positionspapiers zur Wirtschaftspolitik:

Unternehmertum fördern

Ein starkes Unternehmertum braucht ein starkes Umfeld: Die Wirtschaft blüht dort, wo sie die besten Bedingungen vorfindet. Zur **Stärkung von Handwerk und Mittelstand** fordern wir die Abschaffung der Erbschaftssteuer, den Erhalt der Meisterpflicht und eine Sicherstellung der Kreditversorgung.

In der **Standortpolitik** stehen für uns der Ausbau der regionalen Wirtschaftsförderung, die Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts Bayern und die zielgerichtete Förderung von Zukunftstechnologien im Vordergrund. Für den **Tourismus** fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für die Gastronomie, um Wettbewerbsnachteile in den Grenzregionen zu Tschechien, Österreich oder der Schweiz zu beseitigen.

Bürokratie abbauen

Ein Hauptproblem gerade für Bayerns Unternehmen ist die ständige **Zunahme von Auflagen und Dokumentationspflichten.** Die Einführung des Mindestlohns hat hier in vielen Branchen „das Fass zum Überlaufen gebracht“. Hier setzen wir uns für eine Entschärfung der Dokumentationspflichten und ein Ende der Nachunternehmerhaftung beim Mindestlohn ein. Weitere Forderungen sind die **Abschaffung der Tachografenpflicht** für Handwerksbetriebe oder eine praxistaugliche Ausgestaltung der Allergenverordnung.

Bildung stärken – Fachkräfte gewinnen

Neben schulischer Bildung sind berufliche und akademische Aus- und Weiterbildung in Zeiten des drohenden Fachkräftemangels wichtiger denn je. **Verpflichtende Betriebspraktika** auch an Realschulen und Gymnasien sollen wieder mehr junge Menschen in eine duale Ausbildung führen. Den Meister wollen wir mit Bildungsgutscheinen für die **Meisterausbildung attraktiver gestalten.**

Im Hochschulbereich setzen wir uns für die Wiederbelebung des weltweit anerkannten Diplomstudiums ein. Um die Chancen der Migration zu nutzen, setzen wir FREIE WÄHLER uns für ein **Bleiberecht für junge Flüchtlinge** während der Ausbildung und einer anschließenden, zweijährigen Praxiszeit ein.

Aufbruch 4.0

Energiewende, Digitalisierung, Industrie 4.0 – große Aufgaben und Herausforderungen stehen vor uns. Es gilt nun, die Weichen richtig zu stellen. Wir brauchen eine **Internetversorgung auf Weltniveau** und **stärkere Anreize für Unternehmensgründer.** Denn die Gründer von heute sind die verantwortungsvollen Unternehmer von morgen. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Regionalkonferenz der FREIE WÄHLER Europaabgeordneten Ulrike Müller

Landwirtschaft und nachhaltige kommunale Wasserwirtschaft – (k)ein Widerspruch?

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Seine Reinheit und Trinkqualität zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe. Aus diesem Grund lehnen wir FREIE WÄHLER z. B. den Einsatz von Fracking mit Chemikalien kategorisch ab. Im Gegensatz zur Großen Koalition im Bund wollen wir keine Alibi-Verschärfungen im Wasserhaushaltsgesetz, sondern ein bundesweites Fracking-Verbot. Unser Trinkwasser ist viel zu kostbar, um es irgendwelchen Experimenten auszusetzen.

Zum Schutz unseres Wassers müssen viele Akteure an einem Strang ziehen. Vor diesem Hintergrund nahm ich als Umweltpolitiker der Landtagsfraktion die Einladung unserer Europaabgeordneten Ulrike Müller zur Regionalkonferenz „Landwirtschaft und nachhaltige kommunale Wasserwirtschaft – (k)ein Widerspruch?“ im baden-württembergischen Langenau gerne an.

Der Tagungsort für die Veranstaltung war von der Gastgeberin bewusst gewählt. Die Landeswasserversorgung Langenau, am Rand des württembergischen Donaurieds gelegen, ist für die zuverlässige und sichere Trinkwasserversorgung von rund 250 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg verantwortlich und gibt dorthin jährlich rund 90 Millionen Kubikmeter Trinkwasser bester Qualität ab.

Um dem komplexen Thema der sicheren Wasserversorgung gerecht zu werden, wurde es zunächst aus ganz verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. So kam der Bayerische Bauernverband ebenso zu Wort wie das Umweltbundesamt. Die Teilnehmer erfuhren darüber hinaus auch Genaueres über Maßnahmen zum Gewässerschutz in unserem Nachbarland Schweiz. Über die Umsetzung der europaweit wichtigsten wasserrechtlichen Regelung, die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, berichtete Antonia Lütteken von der Generaldirektion Agri der EU-Kommission aus erster Hand. Ziel dieser Richtlinie ist es, europaweit gutes Wasser zu erreichen.

Dieser sehr breit gefächerte Ansatz an Themen und Fragestellungen war ganz bewusst gewählt und er ist auch notwendig. Denn bei den Fragen von Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren ist dabei das A und O.

Vereint im Einsatz zum Schutz des Wassers (v.l.n.r.): Nikolaus Kraus (MdL), Ulrike Müller (MdEP), Martin Söll (FREIE WÄHLER Wurmsham), Bernhard Röhrle (Landeswasserversorgung Langenau).

In zahlreichen Fachvorträgen wurde von renommierten Experten die ganze Bandbreite möglicher Beeinträchtigungen der Gewässerqualität durch die Landwirtschaft thematisiert. Dazu zählte der Nitrateintrag ebenso wie Rückstände von Arzneimitteln für Nutztiere.

Im Bereich der Arzneimittelrückstände zeigte sich, dass diese in der Regel von Medikamenten für Menschen und nicht von Arzneimitteln für Tiere stammen. Beim Thema Nitratbelastung arbeitet die Landwirtschaft mit Nachdruck daran, diese weiter zu reduzieren.

Unser Ansatz, miteinander und nicht übereinander zu sprechen, hat sich bewährt. Umwelt und Landwirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Thema nachhaltige Wasserwirtschaft wird weiter auf unserer politischen Agenda bleiben. ■

Nikolaus Kraus, MdL
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

Die Zisterne der Landeswasserversorgung Langenau.

Wahl des Fraktionsvorstands

FREIE WÄHLER bleiben Motor der bayerischen Landespolitik

Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Vorstands wurde Hubert Aiwanger (vorne Mitte) erneut zum Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER gewählt. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer Florian Streibl (Oberammergau/Oberbayern; vorne rechts) sowie der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thorsten Glauber (Forchheim/Oberfranken; zweite Reihe rechts) wurden von der Fraktion wiedergewählt.

Neu in das Gremium gewählt wurden die Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (Sachsen bei Ansbach/Mittelfranken; hinten Mitte) und Alexander Muthmann (Freyung/Niederbayern; vorne links). Die früheren Vorstandsmitglieder Bernhard Pohl sowie Dr. Karl Vetter hatten für den Vorstand nicht mehr kandidiert.

Außerdem im Bild: Peter Meyer, Vizepräsident des Bayerischen Landtags (zweite Reihe links). ■

„Wir FREIEN WÄHLER werden Motor der bayerischen Landespolitik bleiben und mit vernünftigen Lösungsansätzen die Zukunft Bayerns gestalten."

Hubert Aiwanger, MdL, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Der Arzt darf nur seinem Patienten verpflichtet sein. Dieses Arzt-Patienten-Verhältnis bedarf des besonderen Schutzes."

Dr. Karl Vetter, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher

Ein Verdienst der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Keine Benachteiligung von Hausärzten im Rettungsdienst!

Die gute Nachricht vorweg: Hausärzten ist es auch weiterhin möglich, Ärztliche Leiter Rettungsdienst (ÄLRD) zu werden! Die ÄLRD sollen im Notarztwesen für eine Qualitätssicherung und bayernweit gleiche Standards sorgen. Die CSU wollte in ihrer Gesetzesnovelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes jedoch die Allgemeinmediziner von dieser Funktion ausschließen. Besonders deutlich war die Gesetzesbegründung, in der den Fachärzten für Allgemeinmedizin die Qualitätssicherung im Notarztsystem auf hohem fachlichem Niveau aberkannt wurde. Das war ein Schlag ins Gesicht für jeden als Notarzt tätigen Allgemeinmediziner in Bayern – und davon gibt es derzeit immerhin 592.

Von mangelnder Kompetenz kann bei gut ausgebildeten und erfahrenen Fachärzten für Allgemeinmedizin nicht die Rede sein. Aus diesem Grund hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen Änderungsantrag gestellt. Die CSU hat diesem Oppositionsantrag zwar nicht zugestimmt, jedoch kurzfristig einen eigenen gestellt. Wir können davon ausgehen, dass erst der Druck unseres Antrags und auch der aktiven Verbände die CSU zu diesem Schritt bewegt hat.

Ein weiterer Kritikpunkte der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion waren die Gewährleistung der ärztlichen Unabhängigkeit auch im Notarztbereich. Der Gesetzentwurf sah ein Weisungsrecht des ÄLRD vor und der ÄLRD selbst sollte ebenfalls weisungsabhängig sein. Das ist unserer Auffassung nach mit dem Arztberuf als freiem Beruf nicht zu vereinbaren. Der Arzt darf nur seinem Patienten verpflichtet sein. Dieses Arzt-Patienten-Verhältnis bedarf des besonderen Schutzes. Insofern haben wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion uns auch ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass personenbezogene Daten aus Notfalleinsätzen nur in besonderen Ausnahmesituationen an den ÄLRD weitergegeben werden dürfen und dies auch nur – wie nach der bisherigen Gesetzeslage – mit schriftlicher Begründung. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Sanierung kommunaler Schwimmbäder

In Bayern wurden seit 2005 bereits 43 öffentliche Schwimmbäder geschlossen. Weiteren 65 Schwimmbädern droht die Schließung. Darüber hinaus sind von den 889 bayerischen Bädern aktuell (Stand 2014) 263 sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig. Auf die betroffenen Kommunen werden also in Zeiten ohnehin schon recht knapper Kassen hohe Kosten zukommen. Ein Grund für uns FREIE WÄHLER, in einer schriftlichen Anfrage genauer nachzufassen und zu fragen, welche finanziellen Fördermöglichkeiten es zur Sanierung gibt.

Spezielle Programme hat die Staatsregierung dafür leider nicht vorgesehen. Die Kommunen brauchen also schon eine gehörige Portion Know-how, um unter Umständen in den Genuss einer Förderung zu kommen.

Kommunale Freibäder und nicht schulisch genutzte kommunale Hallenbäder gelten als Breitensporteinrichtungen und sind bereits seit 1995 nicht mehr im Förderkatalog des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) enthalten. Auch das Förderprogramm LEADER ist nicht auf die Sanierung von kommunalen Schwimmbädern ausgerichtet, auch wenn unter bestimmten Bedingungen Maßnahmen gefördert werden können.

Einen kleinen Lichtblick gibt es für finanzschwache Kommunen: Der Bund hat ein Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (KIP) zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Gemeinden in den Jahren 2015 bis 2018 eingerichtet. Auf Bayern entfallen davon 289,24 Millionen Euro. Im Rahmen des KIP kann die energetische Sanierung von kommunalen Schwimm- und Hallenbädern gefördert werden, wenn diese als kommunale Einrichtungen der Schulinfrastruktur einzuordnen sind. Dies setzt allerdings voraus, dass die Bäder in erheblichem Umfang für Aktivitäten des Schulsports genutzt werden. Das begrüßen die FREIEN WÄHLER ausdrücklich.

Wie viele weitere Schwimmbäder in den nächsten Jahren zur Sanierung anstehen werden, ist nach Aussage der Staatsregierung überhaupt noch nicht absehbar. Geht das Schwimmbadsterben in Bayern also weiter?

Wir FREIE WÄHLER setzen deutliche politische Zeichen für die Unterstützung der Kommunen zum Erhalt ihrer Schwimmbäder und haben bereits entsprechende Haushaltsanträge gestellt. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Flüchtlingskrise

Versagen der Bundespolitik nicht auf dem Rücken der Kommunen austragen!

Sollen Kommunen künftig zwangsverpflichtet werden, Asylbewerber aufzunehmen? Diese Möglichkeit besteht. In seiner Sitzung vom 10. November 2015 hat der Ministerrat nämlich beschlossen, dass den Landratsämtern künftig eine gesetzliche Ermächtigung eingeräumt werden soll, ihren kreisangehörigen Gemeinden bei Bedarf Asylbewerber zuweisen zu können. Diese Neuregelung sieht nicht nur der Bayerische Gemeindetag äußerst kritisch. Auch wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnen dieses Vorhaben mit guten Gründen entschieden ab.

Zum einen sehen wir dadurch die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr. Als FREIE WÄHLER verstehen wir uns seit jeher als Anwalt der Kommunen und treten deshalb auch mit Nachdruck gegen eine solche Kommunalisierung staatlicher Aufgaben ein. Bund und Freistaat müssen ihren genuinen Aufgaben selbst nachkommen und dürfen nicht einfach die Verantwortung nach unten, auf die kommunale Ebene „durchreichen“. Zum anderen muss man berücksichtigen, dass auch nicht jede Gemeinde entsprechende Unterkünfte zur freien Verfügung hat.

Die Situation in den 2.031 kreisangehörigen Gemeinden ist einfach sehr unterschiedlich und dieser Tatsache gilt es auch Rechnung zu tragen. Wenn sich die Staatsregierung mit ihren Plänen durchsetzt, müssten die Bürgermeister, die dann für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich wären, gegebenenfalls für sehr viel Geld Hotelzimmer anmieten. Damit ist sicher niemandem geholfen. Außerdem würde eine solche Ermächtigung in der praktischen Umsetzung auf eine kommunale Unterbringungsquote hinauslaufen. Das ist aber kontraproduktiv, denn Solidarität kann man nicht mit Zwang erreichen.

Pressekonferenz der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zur Flüchtlingskrise: Jochen Hanisch, MdL; Hubert Aiwanger, MdL, Fraktionsvorsitzender; Dirk Oberjasper, Pressesprecher der Fraktion (v.l.n.r.).

Wichtig ist es in unseren Augen stattdessen, die Asylverfahren zu beschleunigen und gleichzeitig die konsequente Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht sicherzustellen. Dann wird auch die Anzahl der Fehlbeleger in den Unterkünften sinken.

Darüber hinaus müssen auf Bundesebenen dauerhaft tragfähige Lösungen gefunden werden. Dabei wird auch eine Diskussion über Obergrenzen und die Kanalisierung der Flüchtlingsströme unumgänglich sein. ■

Joachim Hanisch, MdL
Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Umstrittene Reform des Vergaberechts

Keine Zusammenrechnung von Architekten- und Ingenieurleistungen bei der Vergabe!

Das Bundeswirtschaftsministerium plante, das Vergaberecht und damit die Ermittlung des Auftragswerts der freiberuflichen Leistungen bei öffentlichen Bauaufträgen neu zu regeln. Künftig sollten dem Entwurf zufolge ab einer Höhe von 207.000 Euro Planungsleistungen im Baubereich europaweit ausgeschrieben werden. Bislang war das bei kleineren Bauvorhaben in der Regel nicht erforderlich, da bei der Ermittlung des Auftragswerts zwischen den verschiedenen Planungsleistungen unterschieden wurde – z. B. Architektur, Tragwerksplanung, Haus- und Elektrotechnik, Vermessung oder Baugrund. Der Schwellenwert von 207.000 Euro wurde damit erst bei größeren Bauvorhaben erreicht.

„Die Reform in dieser Form würde dazu führen, dass die Planungsleistungen bei nahezu allen öffentlichen Bauvorhaben ab einem Auftragswert von einer Million Euro europaweit ausgeschrieben werden müssten."

Thorsten Glauber, MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher

Für kleinere Büros mit nur wenigen Mitarbeitern wäre es dann nahezu aussichtslos, sich an einem solchen VOF-Verfahren zu beteiligen, da der personelle Aufwand meist unverhältnismäßig groß ist und häufig geforderte Vorgaben wie Umsatzgrößen nicht erfüllt werden könnten. Deshalb ist zu befürchten, dass eine solche Regelung dramatische Folgen haben könnte. Konkret sehe ich die Gefahr einer massiven Konzentration einiger weniger großer Kapitalgesellschaften. Mittelständische Betriebe könnten dagegen durch die geplante Reform des Vergaberechts in Existenznöte kommen.

Wir haben daher in einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei öffentlichen Bauprojekten auch weiterhin keine Zusammenrechnung von Architekten- und Ingenieurleistungen bei der für eine europaweite Vergabe maßgeblichen Auftragswertermittlung erfolgt. Im zuständigen Ausschuss wurde unserem Antrag einstimmig zugestimmt, im Moment sieht es danach aus, als würde die Regelung im Gesetz geändert. Wir werden aber in jedem Fall an dem Thema dranbleiben. Nicht, dass es doch noch eine Hintertür gibt. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Untersuchungsausschuss „Labor“

Zeugenbefragung wird auch in diesem Jahr fortgesetzt

Ende 2015 stand im Untersuchungsausschuss „Labor“ noch die Vernehmung von hochkarätigen Zeugen auf der Tagesordnung. Dabei sollte die Frage geklärt werden, welche Rolle die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium im Zusammenhang mit den Ermittlungen im Rahmen des Schottdorf-Komplexes gespielt haben.

Als Zeugen mussten der heutige Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg und damalige Münchner Generalstaatsanwalt Dr. Christoph Strötz, der derzeitige Münchner Generalstaatsanwalt Manfred Nötzel, der zum damaligen Zeitpunkt Leiter der Abteilung für Wirtschaftskriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft war, sowie der Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium, Dr. Helmut Seitz, dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort stehen.

Man erhoffte sich von den Zeugen unter anderem Antworten auf die Frage, ob die damaligen Ermittlungen politisch beeinflusst gewesen sind. Denn im Wahljahr 2008, das zugleich auch das entscheidende Jahr für den Schottdorf-Komplex darstellte, war der Wahlkampf bereits in vollem Gange, als es zu Unstimmigkeiten zwischen der CSU und dem Hausärzteverband kam. Alle drei Zeugen verneinten diese Frage übereinstimmend im Rahmen ihrer Vernehmungen. Christoph Strötz betonte, dass man nur nach Recht und Gesetz gehandelt habe.

Die Zeugen wiesen auch den Vorwurf zurück, dass es Weisungen seitens der Generalstaatsanwaltschaft bzw. des Justizministeriums gegeben habe. Manfred Nötzel sprach lediglich von Hinweisen, nicht aber von Weisungen. Rückblickend räumte der Zeuge Nötzel allerdings ein, dass bei der Aufklärung der Fälle nicht alles optimal gelaufen sei.

Der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeit auch in diesem Jahr fortsetzen. Dann wird sich unter anderem auch die damalige Justizministerin und jetzige Europaministerin Dr. Beate Merk zu den Vorwürfen äußern müssen. ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, Mitglied im Untersuchungsausschuss „Labor“

Hilfe, unsere Polizei wird aufgelöst!

Was tun mit den Polizeiinspektionen in der Grenzregion?

Ein immer seltener werdendes Bild in vielen bayerischen Grenzregionen: die vertraute örtliche Polizeistation.

Die Polizeiinspektion (PI) Selb ist kein Einzelfall. Immer wieder erreichen uns Hilferufe, dass zwei Polizeiinspektionen zu einer größeren Inspektion zusammengelegt werden sollen. Was steckt dahinter?

Nach der Auflösung der Grenzpolizei an den Grenzen zu Österreich und Tschechien wurden deren Dienststellen zu regulären Polizeiinspektionen. Die Folge ist, dass es nun in den Grenzgebieten deutlich mehr PIs gibt als im restlichen Bayern, wodurch Personal für Organisationsaufgaben gebunden ist. Wir benötigen aber zwingend mehr Präsenz der Polizei „auf der Straße". Die Polizeipräsidien überlegen daher, wie sie diese berechtigte Forderung von Bürgern und Politik umsetzen können. Man könnte sicher argumentieren, die Zusammenlegung kleinerer PIs würde Personal für den Außendienst freisetzen. Doch der Bürger fragt sich: Wo ist der Streifenwagen, wenn man ihn braucht? Dass die aktuelle Dienststelle immer besetzt und nur wenige Meter entfernt ist, ist wichtig für das Sicherheitsgefühl der Bürger.

Allerdings darf man den Polizeipräsidien nicht unterstellen, die Sicherheit der Bürger aufs Spiel zu setzen. Als Politiker sind wir gefordert, die Probleme vor Ort zu verstehen und zu überlegen, ob es andere Lösungen gibt. Mehr Personal oder die Entlastung von unwichtigen Arbeiten können die Situation so verändern, dass eine Zusammenlegung der PIs nicht mehr nötig ist. Hierfür setzen wir uns als Landtagsfraktion vehement ein – zuletzt mit unserem Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der PI Selb in Oberfranken. Unsere Initiative hat bewirkt, dass im Innenausschuss ein runder Tisch zu diesem Thema eingerichtet wurde.

Auch wenn die Polizeipräsenz an der Grenze zu Österreich wegen der Flüchtlingskrise in den Medien präsenter ist, darf nicht vergessen werden, dass auch die Inspektionen in der Grenzregion zu Tschechien viel Arbeit zu bewältigen haben – nicht nur zur Bekämpfung von osteuropäischen Einbrecherbanden und Drogenschmuggel, sondern auch im Zusammenhang mit den kleinen und großen Sorgen der Bevölkerung. ■

Peter Meyer, MdL
Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

FRAKTION VOR ORT ...

... in Gauting

Auf Einladung von Kreisvorstand Albert Luppart und Matthias Vilsmayer, dem Fraktionssprecher im Kreistag, diskutierten MdL Nikolaus Kraus (links) und MdL Eva Gottstein (2. von links) gemeinsam mit unserer Europaabgeordneten Ulrike Müller (Mitte) über die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

... auf der Grünen Woche in Berlin

Landwirtschaft und Ernährung sind Kernthemen der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Der Besuch der Grünen Woche in Berlin und die damit verbundenen Gespräche mit wichtigen Verbandsvertretern sind vielen unserer Abgeordneten ein Herzensanliegen. Ein Rundgang durch die Bayernhalle ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Messetermine.

Zu Besuch in der Bayernhalle auf der Grünen Woche (v.l.n.r.): Die MdLs Dr. Hans Jürgen Fahn, Joachim Hanisch, Gabi Schmidt, Hubert Aiwanger, Benno Zierer zusammen mit der Europaabgeordneten Ulrike Müller (Mitte) mit der Memminger Blumenkönigin Jessi Keller (3. von links).

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich verstehe mich ...

... als politischen Praktiker, dem pragmatische Lösungen wichtiger sind als parteipolitische Auseinandersetzungen – so wie ich es aus meiner langjährigen Tätigkeit in der Kommunalpolitik kenne.

Als Abgeordneter möchte ich Ansprechpartner für die Bürger vor Ort sein und mich für deren berechtigte Anliegen einsetzen.

Benno Zierer

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Geboren am 10. Juli 1956

Wohnort: Freising-Kleinbachern

Verheiratet, fünf Kinder

Beruf: Landwirt

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...
... beschließen, dass zu allen wichtigen Themen Volksabstimmungen durchgeführt werden, um eine echte direkte Demokratie nach Vorbild der Schweiz zu schaffen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...
... mit Ministerpräsident Seehofer tauschen und ihn in die Opposition schicken.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...
... jedem Politiker raten, mehr mit jungen Leuten zu reden, sich besser in die Jugendlichen hineinzuversetzen, um ihre Probleme und Bedürfnisse zu verstehen. Nur so lässt sich auch Politik machen, die junge Menschen erreicht.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...
... die Werbung auf ein Minimum begrenzen und einige Sender ganz vom Bildschirm verbannen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragen würde, würde ich ...
... ihm empfehlen, gleich seinen gesamten Jahresurlaub zu nehmen, um den Freistaat in seiner ganzen Vielfalt erkunden zu können.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich...
... zuhause meinen Hof kehren, die Hackschnitzelheizung reinigen und die Werkstatt aufräumen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich ...
... wie ein Vogel fliegen können.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte ...
... müsste ich sie meiner Frau schenken.

KURZ BERICHTET

Besuch bei der Bundespolizei

Die FREIE WÄHLER Abgeordneten Eva Gottstein und Nikolaus Kraus nutzten die Zeit vor der Eröffnung der Grünen Woche in Berlin und besuchten das Präsidium der Bundespolizei in Potsdam.

Die Probleme der Bundespolizei ähneln denen der bayerischen Landespolizei. Beide stehen vor der Herausforderung, die durch die Parlamente neu geschaffenen Stellen schnellstmöglich zu besetzen und die entsprechenden Anwärter auszubilden. Es wird aber Jahre dauern, bis die von der Politik versprochenen Polizeibeamten tatsächlich voll eingesetzt werden können.

Gottstein sieht es daher als vorrangige Aufgabe der Innenpolitiker auf Bundes- und auch auf Landesebene, die Polizei bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen und Prioritäten zu setzen. Außerdem soll beispielsweise durch eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen Entlastung für die Beamten geschaffen werden. ■

Zahl des Quartals

1.500

So viele Hidden Champions gibt es in Deutschland, viele davon mit einem Firmensitz in Bayern. Diese heimlichen Weltmarktführer sind eine zentrale Säule der deutschen und der bayerischen Wirtschaft.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Montag, 21. Dezember 2015

Die FREIEN WÄHLER reichen einen Änderungsantrag zum Feiertagsgesetz ein. Der Reformationstag soll künftig auch in Bayern als Feiertag begangen werden. Nachdem die Wiedereinführung des **Buß- und Bettages** als gesetzlicher Feiertag in der letzten Legislaturperiode gescheitert ist, wäre die Schaffung des Reformationstages als Feiertag ein positives Signal und Zugeständnis an die zweieinhalb Millionen Mitglieder der evangelischen Kirche in Bayern.

Freitag, 22. Januar 2016

In einem Antrag fordert die Fraktion, den gymnasialen Pilotversuch **„Mittelstufe Plus“** für das kommende Schuljahr 2016/17 in der Stadt und dem Landkreis München erneut auszuschreiben. Denn weder die Stadt München noch der Landkreis München sind mit einem Gymnasium im Pilotversuch vertreten, obwohl in beiden Regionen zusammen insgesamt ca. zwei Millionen Menschen leben und damit ein Sechstel der bayerischen Bevölkerung dort zuhause ist.

Mittwoch, 27. Januar 2016

In einem Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER, für die **Maßnahmen im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm** (KULAP) zusätzliche Mittel bereitzustellen, um allen Landwirten, die auf ihren Flächen gezielte Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz durchführen wollen, den Zugang zu den Förderungen zu ermöglichen. Die Beschränkung der Neuantragstellung im KULAP im Jahr 2016 hat nämlich fatale Auswirkungen auf die Motivation und die bisher große Bereitschaft der Landwirte, sich im Rahmen der Agrarumweltprogramme für Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Darüber hinaus bringt ein Wegfall der Extensivierungsprämien für das Grünland die Milchviehbetriebe, die anhaltend einer schwierigen Preissituation am Milchmarkt ausgesetzt sind, zusätzlich in Bedrängnis.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zwecke der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift